



Verband deutscher Musikschulen e.V.
Bundesgeschäftsstelle:
Plittersdorfer Str. 93, 53173 Bonn
Tel. 0228/957 06-0
vdm@musikschulen.de
www.musikschulen.de

Redaktion:
Claudia Wanner

VdM-Bundesvorstand im Amt bestätigt

Die Bundesversammlung des VdM hat am 24. April 2026 in Erfurt den Bundesvorsitzenden Friedrich-Koh Dolge (Musikschule Stuttgart) und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Matthias Deichstetter (Musikschule Kyffhäuserkreis „Carl Schroeder Konservatorium“, Sondershausen) in ihren Ämtern bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt in den Bundesvorstand wurden Angela Bauer (Städtische Musikschule Ludwigs-hafen), Anabel Heger (Musikschule Spandau, Berlin), Christoph Peters (Musikschule Neuried), Ulrike Petritzki (Musikschule der Freien Hansestadt Bremen) und Stefan Prophet (DORTMUND MUSIK/Musikschule Dortmund). Als weiteres Mitglied im Bundesvorstand hat die Bundesversammlung Jörg Freese, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages, als Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände bestätigt.



Der 2026 in Erfurt wiedergewählte Bundesvorstand des VdM (v.l.n.r.): Matthias Deichstetter, Ulrike Petritzki, Anabel Heger, Stefan Prophet, Friedrich-Koh Dolge, Christoph Peters, Angela Bauer und Jörg Freese. Foto: VdM/Kerstin Heiderich

Neue VdM-Musikschulen

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 5. März 2026 zwei neue Mitgliedschulen in den VdM aufgenommen: Die Städtische Musikschule Rain in Bayern (Mitglied rückwirkend seit 1. Januar 2026) und die Musikschule Romberg e. V. in Dinklage, Niedersachsen (Mitglied rückwirkend seit 1. März 2026). Sie sind damit auch Mitglied im Verband Bayerischer Musikschulen beziehungsweise im Landesverband niedersächsischer Musikschulen.

MusikLeben 3: Online-Veranstaltungen

Am 8. Juni 2026, 11 bis 12 Uhr, betrachtet Musikpädagogin und Dozent Nihat Iman bei der Online-Veranstaltung „Rassismuskritische Musikpädagogik“, wie man für Alltagsrassismus ein Bewusstsein schaffen kann und was einen diversitätssensiblen Musikunterricht auszeichnet. Am 23. Juni 2026, 10 bis 13 Uhr, untersucht Bianca Wambach (deepower e. V.) in der Online-Veranstaltung „Diskriminierungsschutz als Gewaltprävention“ Diskriminierung als eine Gewaltform und zeigt auf, warum Diskriminierungsschutz für ein ganzheitliches Schutzkonzept unerlässlich ist. Die kostenfreien Veranstaltungen werden vom VdM-Projektbüro von „Kultur macht stark“ durchgeführt. Weitere Informationen unter www.vdm-musikleben.de.

Musikschule stärkt, was uns verbindet!

VdM startete die bundesweite Initiative zur Stärkung der öffentlichen Musikschulen in Deutschland



Mit der bundesweiten Initiative „Musikschule stärkt, was uns verbindet!“ setzt der Verband deutscher Musikschulen (VdM) ein deutliches Signal für die gesellschaftliche, politische und öffentliche Bedeutung öffentlicher Musikschulen. Der Startschuss für die gemeinsame Dachinitiative von Bundesverband und Landesverbänden fiel im Rahmen der Hauptarbeitstagung des VdM in Erfurt.

Die Initiative soll sichtbar machen, dass öffentliche Musikschulen seit Jahrzehnten Orte der Bildung, der Kultur, der Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind. Als sogenannte Dritte Orte bringen sie Menschen unterschiedlicher Generationen, kultureller Prägungen und sozialer Hintergründe zusammen. Damit schaffen sie Räume der Begegnung und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung.

Im Zentrum der Initiative steht das Ziel, öffentliche Musikschulen dauerhaft als systemrelevante Bildungs- und Kulturinstitutionen zu stärken. Dabei geht es nicht allein um öffentliche Wahrnehmung, sondern auch um konkrete politische und strukturelle Fragen wie die Sicherung kommunaler und staatlicher Finanzierung, die Stärkung des Berufsbildes der Musikschullehrkräfte, mehr politische Rückendeckung in Krisenzeiten sowie die Stabilisierung der Musikschullandschaft in allen Kommunen und Bundesländern.

„Musikschule stärkt, was uns verbindet. Dieser Satz ist für uns kein Werbespruch, sondern Ausdruck dessen, was öffentliche Musikschulen täglich leisten: Sie ermöglichen Begegnung, fördern Teilhabe und geben jungen Menschen Orientierung. Mit dieser Initiative stärken wir ihre Sichtbarkeit und ihre politische Bedeutung“, sagte der VdM-Bundesvorsitzende Friedrich-Koh Dolge.

Dass die Initiative bei der Hauptarbeitstagung in Erfurt gestartet wurde, versteht der VdM als bewusst gesetztes Signal. „In genau diese Arbeitslogik fügt sich auch unsere Initiative ‚Musikschule stärkt, was uns verbindet!‘ ein. Dass wir sie heute in Erfurt auf den Weg bringen, ist kein beiläufiger Programmpunkt, sondern ein bewusst gesetztes Zeichen. Diese Initiative ist mehr

als eine Kampagne. Sie ist eine gemeinsame bundesweite Dachinitiative von Bundesverband und Landesverbänden. Sie unterstreicht, dass öffentliche Musikschulen keine Nische sind, sondern unverzichtbare Orte von Bildung, Kultur, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt!“, so Dolge.

Die Zukunft öffentlicher Musikschulen sei dabei eine Aufgabe, die weit über den Kulturbereich hinausreiche. „Wer kulturelle Bildung stärken will, muss sie strukturell stärken. Wer Teilhabe will, muss Zugänge sichern. Wer Qualität will, muss Verlässlichkeit schaffen. Und wer Fachkräfte gewinnen will, muss die Bedingungen schaffen, unter denen der Beruf der Musikschullehrkräfte auch als Zukunftsberuf von jungen Menschen wahrgenommen werden kann“, so Dolge. Dafür brauche es verlässliche politische Unterstützung, tragfähige Finanzierung, attraktive Berufsbedingungen und starke Bündnisse für musikalische Bildung in Deutschland.

Besonders vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte gewinnt die Initiative nach Einschätzung des Verbandes zusätzliches Gewicht. „Gerade unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Haushaltskrise der öffentlichen Hand ist diese Klarstellung von besonderem Gewicht. Denn wo finanzieller Druck wächst, wächst auch die Gefahr, dass die strukturelle Bedeutung öffentlicher Musikschulen politisch unterschätzt wird. Wir wollen mit der Initiative unsere politische Wirksamkeit erhöhen, das Berufsbild der Musikschullehrkräfte stärken, innere Geschlossenheit fördern und die öffentliche Wahrnehmung unserer Mu-

sikschulen dauerhaft schärfen“, sagt der Bundesvorsitzende.

Damit verbindet der VdM die Initiative ausdrücklich auch mit der Frage der Fachkräftesicherung. Ein Berufsfeld könne nur dann attraktiv für Nachwuchskräfte bleiben, wenn es sichtbar, politisch gestützt und finanziell abgesichert sei. „Gerade im Hinblick auf die Fachkräftesicherung ist dies zentral. Denn ein Berufsfeld, das gesellschaftlich zu wenig sichtbar, politisch zu wenig gestützt und finanziell zu wenig abgesichert ist, wird auf Dauer auch für den Nachwuchs zu wenig attraktiv sein“, betonte Dolge.

Die Initiative richtet sich an Politik und Verwaltung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, an Bildungspartner, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Mitglieder des Verbandes sowie an die breite Öffentlichkeit. Zu den zentralen Themen gehören Teilhabe, Bildung, Demokratie, Vielfalt, Zukunftskompetenzen, Fachkräftesicherung und der Eigenwert von Musik.

Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Frage, wie Musikschulen ihre Wirkung noch deutlicher vermitteln können. Die Initiative will konkrete Beiträge öffentlicher Musikschulen zu Persönlichkeitsentwicklung, Chancengerechtigkeit, Zusammenhalt, Resilienz, Integration und Inklusion sichtbar machen. Zugleich soll das Bild der Musikschule modernisiert werden, unter anderem durch eine stärkere digitale Präsenz und durch neue Allianzen mit Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Stiftungen. Im Mittelpunkt stehen dabei auch Zukunftskompetenzen wie Kreativität, Kommunikation, Kollaboration und kritisches Denken.

Bei der Hauptarbeitstagung in Erfurt wurde die Initiative inhaltlich mit Ergebnissen und Perspektiven der „MIKADO-Musik“-Studie verknüpft. In mehreren Fish Bowls diskutierten die Teilnehmenden Handlungsfelder für die Musikschulen vor Ort, für die Zusammenarbeit im Verband sowie den Auftrag in der Kooperation mit Studieninstituten und in der Zusammenarbeit mit der Politik. Die Ergebnisse der Diskussionen werden den Musikschulen im VdM-Mitgliederbereich zur Verfügung gestellt und für die weitere Arbeit im Verband genutzt.

Zur Unterstützung der Musikschulen stellt der VdM den Mitgliedschulen im Verband und den Landesverbänden Materialien bereit, mit denen die Initiative vor Ort sichtbar gemacht werden kann. So sollen Musikschulen bundesweit in die Lage versetzt werden, die gemeinsame Botschaft in ihre Kommunen, Netzwerke und die Öffentlichkeit zu tragen. Die Initiative ist in mehreren Phasen angelegt. Im April 2026 standen der politische und innereverbandliche Auftakt sowie der offizielle Kampagnenstart bei der Hauptarbeitstagung in Erfurt ebenso wie die Verabschiedung von Grundsatzprogramm und Leitbild im Mittelpunkt, verbunden mit dem Ziel, Leitungen, Lehrkräfte, Elternvertretungen und Fördervereine intern zu aktivieren. Danach soll bis Frühjahr 2027 die öffentliche Sichtbarkeit ausgebaut werden. Vorgesehen sind unter anderem Testimonials, Musikschultouren, Social Media-Aktionswochen, landespolitische Platzierungen, Medienpartnerschaften und die Beteiligung prominenter Persönlichkeiten. Ab 2027 soll die Initiative dann dauerhaft politisch verankert werden, etwa in Haushaltsgesprächen, Wahlprogrammen und Förderprogrammen. Damit soll „Musikschule stärkt, was uns verbindet!“ langfristig zur Dachmarke der bildungs- und kulturpolitischen Arbeit des VdM werden. Die Botschaft der Initiative lautet dabei, dass öffentliche Musikschulen unverzichtbare Orte für Bildung, Kultur, Teilhabe und Zusammenhalt sind. Wer sie stärkt, stärkt nicht nur musikalische Bildung, sondern auch das Miteinander in einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft.

■ Claudia Wanner

Musikschulen zwischen Tradition und Druck

Sächsische Musikschultage 2026 – Frühjahrstagung des Landesverbandes der Musikschulen in Sachsen in Torgau

Vor 399 Jahren erklang auf Schloss Hartenfels in Torgau zum ersten Mal die „Dafne“ von Heinrich Schütz – das erste deutsche Singspiel, auch wenn die Partitur selbst verschollen ist. Dass der Landesverband deutscher Musikschulen Sachsen (LVdM Sachsen) seine Frühjahrstagung 2026 genau an diesem Ort abhielt, war eine bewusste Setzung: Musikschulen stehen in einer langen kulturellen Tradition – und sie beanspruchen einen Platz im öffentlichen Bewusstsein.

Rund 40 Delegierte aus allen 25 sächsischen Musikschulen kamen am 16. und 17. April 2026 in Torgau zusammen. Das Programm spiegelte die Bandbreite dessen wider, womit sich öffentliche Musikschulen derzeit auseinandersetzen müssen: Finanzierungsfragen, strukturelle Reformen, rechtliche Verpflichtungen und die grundlegende Frage, wie Musikschule als Institution künftig aussehen soll.

Ein Dialog auf Augenhöhe – mit der Politik

Selten glückt es Fachverbänden, politische Entscheidungsträger nicht nur als Grußwortgeber zu gewinnen, sondern in einen echten Austausch einzubinden. Den Sächsischen Musikschultagen ist das gelungen. Der 1. Vorsitzende Sven Rössel moderierte am Nachmittag des ersten Tages ein Gespräch, das in seiner Offenheit bemerkenswert war: Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Landrat Kai Emanuel (Landkreis Nordsachsen) stellten sich gemeinsam den Fragen der Mitgliedschaft. Im Mittelpunkt stand das Positionspapier „Musikschulen stärken!“ mit Blick auf den Doppelhaushalt 2027/28. Die Forde-



Die Delegierten der 25 sächsischen Musikschulen mit Ministerpräsident Michael Kretschmer (Mitte) bei der Frühjahrstagung des Landesverbandes in Torgau. Foto: Sächsische Staatskanzlei

runge nach einer Drittelfinanzierung – je ein Drittel aus Landesmitteln, kommunalen Zuschüssen und Elternbeiträgen – ist politisch ambitioniert. Derzeit trägt der Freistaat lediglich zwischen elf und vierzehn Prozent der Gesamtkosten sächsischer Musikschulen. Rössel hatte nüchtern formuliert, dass ein Sprung auf dreißig Prozent in einem Haushaltszyklus unrealistisch sei – aber die Richtung müsse klar benannt werden. Auch Friedrich-Koh Dolge, Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Musikschulen, war unter den Gästen und richtete ein Grußwort an die Versammlung.

Strukturelle Erschütterung mit Langzeitwirkung

Als roter Faden durch die Berichte des Vorstandes zog sich das sogenannte Herrenberg-Urteil. Auch wenn im letzten Kalenderjahr bereits 80 Prozent des Unterrichts durch festangestellte Lehrkräfte erteilt wurden (2024 noch 70 Prozent), bleiben die finanziellen Kon-

sequenzen erheblich – die Umstellung erfordert Planungssicherheit, die kommunale Haushalte oft nicht bieten können. Die Kreismusikschule „Heinrich Schütz“ Nordsachsen hat den Prozess weitgehend vollzogen: 72 Festangestellte stehen fünf Honorarkräften gegenüber – bei über 3.300 Schülerinnen und Schülern. Andere Einrichtungen stehen noch vor dieser Weichenstellung.

Kindeswohlschutz: Pflicht und Haltung

Der zweite Veranstaltungstag war dem Schutz von Kindern und Jugendlichen in Musikschulen gewidmet – durch das Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt inzwischen gesetzliche Pflicht für alle Einrichtungen. Elisabeth Riesel-Weicht, stellvertretende Leiterin der Leo-Borchard-Musikschule Steglitz-Zehlendorf in Berlin, führte die Teilnehmenden in einem praxisorientierten Workshop durch die Grundlagen der Konzeptentwicklung. Ihr Ansatz: Schutzkonzepte nicht als bü-

rokratische Pflichtübung begreifen, sondern als Haltung. Einzelunterricht, geschlossene Türen, intensive Lehrer-Schüler-Beziehungen – das pädagogische Setting der Musikschule ist per se ein sensibles. Klare Regeln schützen alle: die Lernenden wie die Lehrenden.

Verband im Aufbruch: neue Arbeitsgruppen

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten nutzte der Verband die Tagung für einen strukturellen Neustart: Drei weitere Arbeitsgruppen wurden ins Leben gerufen, die zentrale Themenfelder künftig kontinuierlich bearbeiten sollen – Ergebnis der Herbstkonferenz 2025 in Zwickau, bei der das Landesthema „Veränderungsmanagement an Musikschulen“ intensive Diskussionen ausgelöst hatte.

Fazit: Musikschulen als demokratische Bildungsorte

Torgau 2026 war mehr als eine Jahrestagung. Musikschulen leisten täglich kulturelle Grundversorgung: Sie öffnen Zugänge zur Musik für Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten, sie bilden aus, sie fördern, sie binden. Dass dies verlässlich finanziert, politisch anerkannt und rechtlich abgesichert werden muss, ist keine Sonderforderung einer Lobbygruppe – es ist eine bildungspolitische Selbstverständlichkeit. Schloss Hartenfels hat dafür einen würdigen Rahmen geboten. Heinrich Schütz hätte seine Freude gehabt.

Die nächste Herbstkonferenz des LVdM Sachsen findet 2026 in Freital statt.

■ Sven Rössel

Musikschulen: Verantwortung für musikalische Bildung

VdM setzt in Erfurt mit neuem Leitbild, Grundsatzprogramm und Erfurter Erklärung klare Zukunftssignale

Wo Musikschulen über ihre Zukunft sprechen, geht es nicht allein um Unterrichtsräume, Stundenpläne und Instrumente. Es geht um die Frage, wie eine Gesellschaft klingen will, wie sie jungen Menschen Wege in Kunst, Bildung und Gemeinschaft eröffnet und wie sie den öffentlichen Auftrag musikalischer Bildung sichert, wenn Fachkräfte fehlen und Zusammenhalt neu verteidigt werden muss. In Erfurt hat der Verband deutscher Musikschulen (VdM) bei seiner Bundesversammlung und Hauptarbeitstagung genau diese Fragen ins Zentrum gestellt.

Die Tagung machte sichtbar, wie eng die großen Themen der öffentlichen Musikschulen miteinander verbunden sind, darunter Nachwuchsgewinnung und Berufsbild, Finanzierung und politische Verantwortlichkeiten sowie die gesellschaftliche Rolle der Musikschulen. Diese Linien prägten die Debatten und fanden Eingang in zentrale Beschlüsse. Am 24. April 2026 verabschiedete die Bundesversammlung das überarbeitete Leitbild der öffentlichen Musikschulen im VdM sowie das Grundsatzprogramm „Musikalische Bildung in Deutschland – Musikschule stärkt, was uns verbindet!“. Mit beiden Papieren, die das gemeinsame Selbstverständnis der VdM-Musikschulen schärfen, machte der VdM deutlich, welche Rolle öffentliche Musikschulen für Bildung, Teilhabe und Zusammenhalt spielen.

Zugleich startete der VdM auf der Hauptarbeitstagung die Initiative „Musikschule stärkt, was uns verbindet!“. Mit ihr setzt der Verband ein deutliches Signal für die gesellschaftliche, politische und öffentliche Bedeutung öffentlicher Musikschulen. Die Initiative bündelt den Zukunftsimpuls von Erfurt und macht sichtbar, dass Musikschulen nicht nur Bildungsinstitutionen sind, sondern Orte der Teilhabe, der Begegnung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts (mehr dazu im nebenstehenden Artikel).

Fachkräfte dringend gesucht

Wie dringlich dieses Signal ist, machte der Bundesvorsitzende des VdM Friedrich-Koh Dolge in seiner Eröffnungsrede deutlich. Mit Blick auf die „MiKADO-Musik“-Studie sagte er: „Bis 2035 werden über 14.700 Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Dem stehen nach den vorliegenden Berechnungen lediglich 4.000 künstlerisch-pädagogische Absolventen gegenüber. Mehr als 10.000 Stellen könnten unter gleichbleibenden Bedingungen unbesetzt bleiben. Das entspricht einer Äquivalenz von 500.000 Schülerinnen und Schülern.“ Diese Zahlen beschreiben, so Dolge weiter, „nicht nur eine dramatische Statistik“, sondern die Realität der Musikschulen mit Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen, Unsicherheit in der Angebotsentwicklung, Belastungen in Kollegien und der Frage, unter welchen Bedingungen der öffentliche Auftrag künftig erfüllt werden könne.

Der Fachkräftemangel erscheint damit nicht als isoliertes Personalproblem, sondern als Strukturfrage. Die Studie



Die musikalischen Beiträge begeisterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie hier das Akkordeon-Quartett „JenAccord“ der Musikschule der Stadt Erfurt und der Musik- und Kunstschule Jena bei der Eröffnung der Hauptarbeitstagung des VdM in Erfurt. Foto: VdM / Kerstin Heiderich



Die Bundesversammlung des VdM bei der Verabschiedung des Leitbildes und des Grundsatzprogramms im Kaisersaal in Erfurt. Foto: VdM / Kerstin Heiderich

verweist auf Arbeitsbedingungen, Vergütung, Sichtbarkeit des Berufsbildes, Übergänge in Ausbildung und Beruf sowie darauf, wie junge Menschen für musikpädagogische Tätigkeiten gewonnen werden können. Der Bundesvorsitzende formulierte daraus einen Auftrag an Musikschulen und Politik: „Für uns Musikschulen geht es darum, jungen Menschen musikpädagogische Tätigkeiten erfahrbar zu machen, das Berufsbild bewusster zu vermitteln, künstlerische Entwicklung auch für Lehrkräfte zu ermöglichen und professionelle Begleitung als selbstverständlichen Teil guter Arbeitskultur zu verstehen.“ Gegenüber

Bund, Ländern und Kommunen müsse klar benannt werden, „dass bessere Bezahlung, Absicherung und Entwicklungsmöglichkeiten keine Nebensachen sind, sondern die Voraussetzungen von Qualität in der musikalischen Bildung.“

Politische Verantwortung

Auch der Thüringer Staatssekretär für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Bernd Uwe Althaus, hob die Bedeutung der Musikschulen hervor. „Musikschulen sind weit mehr als Orte des Instrumentalunterrichts. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer

Bildungslandschaft und Ausdruck eines Bildungsverständnisses, das den ganzen Menschen hat“. Mit Blick auf die „MiKADO-Musik“-Studie betonte er gemeinsames Handeln: „Die Herausforderungen, die die ‚MiKADO-Musik‘-Studie beschreibt, lassen sich nicht isoliert und schon gar nicht von einzelnen lösen. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Trägern.“ Es gehe darum, das Berufsfeld zu stärken, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, Nachwuchs gezielt zu fördern und Ausbildung, Praxis und Perspektive besser zu verbinden.

Leitbild und Grundsatzprogramm

Damit war ein politischer Rahmen gesetzt, der über die Fachdebatte hinausweist. Musikschulen sind Bildungsorte, Kulturorte und soziale Orte zugleich. Sie ermöglichen den Zugang zum Musizieren, fördern Persönlichkeitsentwicklung und kulturelle Teilhabe und leisten einen Beitrag zu Demokratiebildung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Dieses Verständnis liegt dem neuen Leitbild zugrunde. Es beschreibt Auftrag, Werte und Haltung der öffentlichen Musikschulen. Das neue Grundsatzprogramm formuliert die strukturellen Voraussetzungen für qualitätsvolle musikalische Bildung und leitet daraus politische Erwartungen an Kommunen, Länder und Bund ab.

Friedrich-Koh Dolge brachte die Bedeutung der beiden Papiere auf den Punkt: „Mit dem überarbeiteten Leitbild und dem Grundsatzprogramm machen wir deutlich, wofür öffentliche Musikschulen stehen und welchen Beitrag sie für unsere Gesellschaft leisten. Sie stehen für eine musikalische Bildung, die Menschen stärkt, Teilhabe ermöglicht und Zusammenhalt schafft. Damit diese Bildung auch künftig verlässlich und für alle zugänglich bleibt, braucht es klare politische Verantwortung und tragfähige Rahmenbedingungen.“ Mit dem Beschluss der Bundesversammlung bekräftigt der VdM seinen Anspruch, öffentliche Musikschulen als unverzichtbaren Teil der kommunalen Bildungs- und Kulturlandschaft zu stärken.

Erfurter Erklärung

Ein weiteres wichtiges Signal setzte die Bundesversammlung mit der Erfurter Erklärung „Verantwortung für nachhaltige Bildung und Gesellschaft“, die ebenfalls am 24. April 2026 beschlossen wurde. Die Erklärung erweitert den Blick auf Nachhaltigkeit und macht deutlich, dass sie für öffentliche Musikschulen nicht nur ökologische Verantwortung bedeutet, sondern ebenso Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, kulturelle Teilhabe und demokratische Mitgestaltung. Musikschulen werden darin als Orte beschrieben, die Selbstwirksamkeit, Resilienz, Dialogfähigkeit und Gemeinschaft fördern. Sie schaffen Räume für Begegnung, Verständigung und aktives Mitgestalten.

Musikschulen sind danach Orte nachhaltiger Bildung und gesellschaftlicher Verantwortung. Mit der Erfurter

Erklärung bekräftigt der VdM seinen Anspruch, kulturelle Teilhabe, demokratische Bildung und Zukunftsfähigkeit dauerhaft zu stärken. Mit dem Beschluss verbindet die Bundesversammlung die Forderung nach verlässlichen Rahmenbedingungen. Auskömmliche Finanzierung, tarifgerechte Beschäftigung, stabile Strukturen und starke Partnerschaften mit Kommunen, Ländern und Bund werden als Voraussetzungen benannt, damit musikalische Bildungsarbeit langfristig wirken kann. Die Erfurter Erklärung setzt ein Zeichen für eine Gesellschaft, in der Nachhaltigkeit ökologisch, sozial und kulturell gedacht wird.

Neben den inhaltlichen Beschlüssen standen in Erfurt auch Wahlen auf der Tagesordnung der Bundesversammlung. Dabei wurde der Bundesvorstand des VdM wiedergewählt (s. Information auf der linken Seite).

Allianz für musikalische Bildung

Zum Zukunftsimpuls von Erfurt gehörte auch die Vorstellung der gemeinsamen „Allianz für musikalische Bildung“ des Deutschen Musikrates (DMR), der Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen (RKM) und des VdM durch deren Präsidentin Lydia Grün (DMR) und die beiden Vorsitzenden Christian Fischer (RKM) und Friedrich-Koh Dolge (VdM). Die Allianz verfolgt das Ziel, musikalische Bildung für die Zukunft zu sichern und angesichts des Lehrkräftemangels gemeinsame Lösungen für Ausbildung, Berufsfeld und Fachkräftesicherung zu entwickeln. In Verbindung mit Leitbild, Grundsatzprogramm und Erfurter Erklärung wird deutlich, dass der VdM die Antwort nicht in Einzelmaßnahmen, sondern im gemeinsamen Vorgehen von Bildung, Kultur und Politik sucht.

Veranstaltet wurde die Hauptarbeitstagung mit Bundesversammlung vom VdM in Zusammenarbeit mit der Stadt Erfurt, der Musikschule der Stadt Erfurt und dem Landesverband der Musikschulen in Thüringen. Gefördert wurde sie durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Stadt Erfurt und das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Damit spiegelte die Tagung, was inhaltlich eingefordert wurde: Musikalische Bildung braucht Kooperation, Verantwortungsteilung und verlässliche Partnerschaften.

Am Ende stand nicht nur eine Tagung mit Reden und Beschlüssen. Erfurt wurde zu einem Ort, an dem öffentliche Musikschulen ihre Rolle neu beschrieben haben, und zwar als verlässliche Einrichtungen musikalischer Bildung, als Partner von Kommunen, Ländern und Bund, als Räume der Teilhabe und als Kräfte des Zusammenhalts. „Musikschule stärkt, was uns verbindet!“ ist damit mehr als ein programmatischer Titel. Es ist eine Aufforderung, musikalische Bildung als öffentliche Aufgabe ernst zu nehmen und die Bedingungen zu schaffen, unter denen sie auch künftig wirken kann.

■ Claudia Wanner

Beitrag zur sozialen Absicherung der Lehrkräfte und zur Qualitätssicherung

Zur Umsetzung des Herrenberg-Urteils an den öffentlichen Musikschulen in Niedersachsen

Das „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts (BSG) vom 28. Juni 2022 hat die Beschäftigung von Honorarkräften an Musikschulen und Bildungseinrichtungen stark eingeschränkt. Das BSG entschied, dass Lehrkräfte, die organisatorisch in den Betrieb eingegliedert sind (feste Räume, feste Zeiten, keine unternehmerische Freiheit), in der Regel nicht als freie Honorarkräfte, sondern als sozialversicherungspflichtig abhängig Beschäftigte einzuordnen sind. Für die Musikschulträger hat das Urteil erhebliche arbeits- und finanzrechtliche Konsequenzen. In der Folge haben betroffene Einrichtungsträger Honorarverträge überprüft und diese mit wenigen Ausnahmen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt.

Um den Trägern Zeit für die strukturelle und finanzielle Anpassung zu ge-

ben, wurde ein Übergangszeitraum bis zum 1. Januar 2027 eingeräumt, der durch Beschluss des Bundestages am 5. März 2026 noch um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 2027 verlängert wurde. Ziel ist es, die Umstellung schrittweise und rechtssicher umzusetzen.

Rücklauf und Beteiligung

An der aktuellen Umfrage des Landesverbandes Niedersachsen zur Umsetzung des Herrenberg-Urteils haben sich 67 Musikschulen im Landesverband beteiligt, was einer sehr hohen Rücklaufquote von 92 Prozent entspricht. Die hohe Beteiligung unterstreicht die Relevanz des Themas für die niedersächsischen Musikschulen und ermöglicht eine belastbare Einschätzung des landesweiten Stands. Sie belegt auch eindrucksvoll: Die

niedersächsischen Musikschulträger übernehmen Verantwortung und setzen das Urteil konsequent um.

Strukturelle Ausgangslage

Bereits vor 2022 arbeiteten 20 Musikschulen (30 Prozent) ausschließlich mit sozialversicherungspflichtig beschäftigten Lehrkräften. Aktuell sind nur noch an 21 Musikschulen (31 Prozent) Honorarkräfte tätig. Dies zeigt, dass sich ein erheblicher Teil der Einrichtungen bereits vollständig oder weitgehend auf feste Beschäftigungsverhältnisse umgestellt hat.

Umfang der Umstellungen

66 Prozent der Musikschulen haben seit 2022 Honorarverträge in sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse umgewandelt.

- 411 Lehrkräfte wurden in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt.
- 92 Prozent aller Lehrkräfte sind inzwischen fest angestellt.
- 95 Prozent des Unterrichts werden von angestellten Lehrkräften erteilt.

Damit ist der Strukturwandel in Niedersachsen faktisch bereits weitgehend vollzogen. Gleichzeitig entstehen durch die Umstellung erhebliche Mehrkosten. Für die bislang umgewandelten Unterrichtsanteile belaufen sich die rechnerischen jährlichen Mehrkosten auf rund 5 Millionen Euro. Diese Summe verdeutlicht die Dimension der zusätzlichen finanziellen Belastung für kommunale Träger.

Fazit

Die Zahlen belegen, dass das Herrenberg-Urteil bereits zu tiefgreifenden

Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur geführt hat. Gleichzeitig machen die erheblichen Mehrkosten deutlich, dass die vollständige Umsetzung bis zum Ende des Übergangszeitraums nur mit verlässlicher finanzieller Unterstützung gelingen kann. Die Musikschulen leisten damit einen substantiellen Beitrag zur Rechtssicherheit, zur sozialen Absicherung der Lehrkräfte und zur Qualitätssicherung der kulturellen Bildungsarbeit.

Damit die Umsetzung bis Ende 2027 vollständig und nachhaltig gelingen kann, ist jedoch eine strukturelle und verlässliche finanzielle Unterstützung durch Land und Kommunen erforderlich.

Die Sicherung der öffentlichen Musikschullandschaft in Niedersachsen ist eine gemeinsame kultur- und bildungspolitische Aufgabe.

■ Klaus Bredl